Verbände

Appell an Koalitionäre

[11.11.2013] Die Energiewende muss sozialverträglicher werden. Das fordern Umwelt- und Sozialverbände und richten einen Appell an die künftige Regierungskoalition.

Ein Bündnis aus großen Sozialverbänden wie der Arbeiterwohlfahrt (AWO), den wichtigsten deutschen Umweltschutzorganisationen, dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband sowie dem Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) hat einen Appell an CDU/CSU und SPD für eine dynamische, gerechte und soziale Energiewende gerichtet. Die Verbände fordern die Parteien auf, in einer künftigen Regierungskoalition die Energiewende zu stabilisieren und unumkehrbar zu machen. Dazu sind nach ihrer Auffassung ambitionierte Klimaschutzziele und verbindliche Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa notwendig. Die nächste Bundesregierung müsse eine Energiewende auch im Bereich Wärme auslösen und die großen Potenziale für erneuerbare Energien und mehr Effizienz gerade im Gebäudebestand heben, heißt es in dem Papier. Die staatliche Förderung für energetische Gebäudesanierungen sollte auf fünf Milliarden Euro aufgestockt und verstetigt werden, fordern die Sozial- und Umweltverbände. Ferner müssten die Kosten der Energiewende fair zwischen den verschiedenen Verbrauchern aufgeteilt werden und auch die privaten Kunden von den sinkenden Strompreisen an der Börse profitieren. Außerdem müssten die gestiegenen Energiekosten bei der Berechnung von Sozialleistungen wie ALG II, Sozialhilfe, Wohngeld oder der Grundsicherung im Alter in tatsächlicher Höhe berücksichtigt werden.

(al)

Stichwörter: Politik, Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)